

FAZ-Kolumne

30.09.2013

Steuererhöhungen sind der falsche Weg

von Dr. Michael Heise

Die Koalitionsverhandlungen könnten lang und schwierig werden, aber nach allem Ermessen steht uns in den kommenden Jahren eine große Koalition unter klarer Führung der CDU/CSU bevor. Die Wähler haben es honoriert, dass sich die Lage in den letzten Jahren trotz der schweren Rezession in unseren europäischen Partnerländern verbessert hat: Höhere Beschäftigung, sinkende Arbeitslosigkeit sowie steigende Nettoeinkommen und Kaufkraft. Das Ausland lobt uns ob der Reformen der rund zehn Jahre zurückliegenden Agenda 2010 und fordert uns auf, mehr zu konsumieren und zu investieren. Und auch bei uns im Lande werden Erwartungen geschürt. Gerechtigkeitsaspekte wie höhere Renten für langjährige Beitragszahler oder Kindererzieher, höhere Löhne bei Leiharbeit, gesetzliche Mindestlöhne, Bekämpfung von Altersarmut und bessere Pflegeleistungen gehören dazu. Solche Erwartungen werden nur erfüllbar sein, wenn Deutschlands Wirtschaft auch langfristig auf Wachstumskurs bleibt. Das ist keineswegs gesichert. Deutschlands Investitionen sind auf ein viel zu niedriges Niveau gesunken, im öffentlichen wie im privaten Bereich. Der Kapitalstock nimmt kaum noch zu und die Arbeitsproduktivität ist heute nicht höher als 2007, während die Löhne schneller als im Ausland steigen.

Eine Agenda 2020 sollte hier ansetzen und eine Verjüngung, Verbesserung und Erweiterung des physischen und des intellektuellen Kapitals unserer Volkswirtschaft anstreben. Es muss wieder mehr investiert werden, das war immer das Erfolgsrezept der deutschen Wirtschaft. Öffentliche Investitionen und Ausgaben für Bildung müssten durch Umschichtungen im Haushalt erhöht werden, und es müssten die Bedingungen verbessert werden, dass Unternehmen aus dem In- und Ausland wieder stärker in Deutschland investieren. Kapitalangebot ist reichlich vorhanden, zur Zeit wird es aber exportiert, was unsere Leistungsbilanzüberschüsse zum Ärger unserer Handelspartner weiter hoch treibt. Würde das langfristige Sparvermögen stärker in Produktionskapazitäten und Infrastruktur hierzulande investiert, wäre allen Seiten geholfen. Im Bereich der Infrastruktur erfordert dies den Mut, neue Wege einzuschlagen und ideologische Vorbehalte gegenüber privat-öffentlichen Partnerschaften zu überwinden.

Eine Einigung auf Einkommenssteueranhebungen wäre dagegen ein Kompromiss zulasten von Investitionen und Ersparnis. Erhöhungen des Spitzensteuersatzes oder der Abgeltungssteuer, Vermögensabgaben oder eine Wiedereinführung der Einkommensbesteuerung für Kapitalerträge bis hin zur Finanztransaktionssteuer sind alles Schritte, die die Investitionsbereitschaft in Deutschland weiter vermindern werden. Darüber hinaus werden Negativanreize

zur Vermögensbildung und zur eigenverantwortlichen Altersvorsorge gesetzt. Sparer, die schon heute unter negativen Realzinsen etwa bei Bankeinlagen oder Staatsanleihen leiden, werden weiter zur Kasse gebeten. Aus fiskalischer Sicht besteht dazu überhaupt keine Notwendigkeit. Deutschlands Staatshaushalt weist Überschüsse auf und die Steuerquote strebt nach offiziellen Schätzungen auf Rekordwerte zu. In einer solchen Situation über noch höhere Steuern zu diskutieren, ist der sichere Weg, den Aufschwung abzuwürgen.